

Digitalpolitik in Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2025

Wahlprogramme im Vergleich

Wir alle blicken gespannt auf die anstehende Bundestagswahl und der Parteienwahlkampf ist derweil im vollen Gange. Dabei richten die Parteien mit ihren Wahlversprechen nicht nur einen Fokus auf zentrale Themen wie Migrations-, Sicherheits-, Gesundheits-, Sozial- und Europapolitik, sondern nehmen auch mehr oder weniger ausgiebig diverse digitalpolitische Fragestellungen in den Blick. Grund genug also, sich die Wahlprogramme in dieser Hinsicht genauer anzuschauen, um zu sehen, ob und wie die Parteien eine aktive Gestaltung der digitalen Transformation in Deutschland anstreben.

Was steht in den Programmen? Welche Änderungen sind geplant? Wo überschneiden sich die Wahlprogramme? Und was ist eigentlich mit einem Digitalministerium?

Wir haben uns die Wahlprogramme von **CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, Die Linke, und BSW** einmal näher angeschaut, um die zentralen digitalpolitischen Ansichten, Themen und Vorhaben zusammenzutragen und den Kategorien „**BILDUNG UND SOZIALES**“, „**STAAT UND VERWALTUNG**“, „**INFRASTRUKTUREN; MOBILITÄT UND ENERGIE**“, „**WIRTSCHAFT UND INNOVATION**“ sowie „**DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT**“ zuzuordnen.

Auch wenn die Digitalpolitik in allen Wahlprogrammen eine prominente Rolle einnimmt, bestehen zwischen den Parteien teils merkbare Unterschiede bezüglich der Grundeinstellung, die sie gegenüber der Digitalisierung einnehmen, sowie den Themen, die für sie bei der Gestaltung des digitalen Wandels im Vordergrund stehen.

Besonders auffällig ist, dass alle Parteien zwischen eher konservativen, technologie-skeptischen Forderungen und progressiven Visionen und „Hypes“ schwanken. Zudem überrascht, dass sich die Parteien in den Wahlprogrammen in zahlreichen Themen einig sind. Dazu zählt neben einem zu behebenden Mangel an grundlegender Infrastruktur die Erfordernis Verwaltungen und Staat durch Digitalisierung effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Im Hinblick auf die Realisierung der teils ambitionierten Forderungen, wagen wir im letzten Abschnitt einen **kurzen Exkurs zu Finanzierungsansätzen in den Wahlprogrammen**. Hier offenbaren sich bei fast allen Parteien offene Fragen, was die Finanzierung der Forderungen anbelangt.

„POLITIKWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND“, DAS PROGRAMM DER CDU UND CSU:

Bereits am 17. Dezember beschlossen die Vorstände von CDU und CSU das Wahlprogramm der Union für die Bundestagswahl.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

BILDUNG UND SOZIALES

- **Digitale Bildungspolitik:** Nationale Bildungsverlaufsregister über alle Stufen formaler Bildung. Zugang der Forschung zu diesen Daten zur Förderung einer evidenzbasierten Bildungspolitik.
- **DigitalPakt Schule 2.0:** Fokus auf Infrastruktur, digitale Lernprogramme und forschungsbasierte Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen.
- **MINT-Förderung:** Förderung von Kompetenzaufbau in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT).
- **Digitalisierung im Gesundheitsbereich:** Digitalisierung als Schlüssel zu schneller und sicherer Versorgung. Datenschutzkonforme Ausschöpfung der Potenziale der elektronischen Patientenakte, digitaler Gesundheitsanwendungen oder des Einsatzes von KI. Förderung der freiwilligen Weitergabe persönlicher Gesundheitsdaten für Studienzwecke.

STAAT UND VERWALTUNG

- **Digitalministerium:** Einrichtung eines zentralen Ministeriums zur Koordination aller digitalpolitischen Aufgaben (Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste). Verankerung der gesamten Beschaffung von IT im Bund und einheitlichen Schnittstellen für IT-Systeme im öffentlichen Bereich in dem neuen Ministerium.
- **Digitale Identitäten und Akten:** Weiterentwicklung der BundID zur einheitlichen DeutschlandID. Sicherstellung der eIDAS-Kompatibilität¹. Bundesweite datenschutzkonforme Identifikationsnummer für alle Schüler:innen (Schüler-ID/Statistik-ID) Einführung digitaler Akten, einheitlicher Unternehmenskonten.
- **Digitale Ausweisfunktion per Smartphone:** Einführung einer europaweit gültigen digitalen Ausweisfunktion per Smartphone.
- **Ausweitung E-Government:** Einführung einer digitalen Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“). Digitalisierung der Finanzbehörden bei Besteuerungsverfahren mittels bereitgestellter

¹: eIDAS-Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste; https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Oeffentliche-Verwaltung/eIDAS-Verordnung/eidas-verordnung_node.html

KI-Technologie.

- **Datenbasierte Behördenkommunikation:** Verbesserung der datenbasierten Kommunikation zwischen Behörden. Nach dem „Once-Only-Prinzip“ sollen Bürger:innen und Unternehmen Daten hierfür nur einmal bereitstellen müssen.

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Autonomes Fahren:** Entwicklung Deutschlands zum Technologieführer in nachhaltigen Antrieben und autonomer Mobilität.
- **Smarte Energieversorgung:** Einführung von Smart Metern und Netzdigitalisierung zur Lastverteilung und Kostenreduktion.
- **Beschleunigungsgesetz für Genehmigungsturbo:** Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Bau digitaler Infrastrukturen. Maßnahmen für schnelleren Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen. Förderung von Wettbewerb, Kooperationsmodellen und verlässliche Förderungen.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Hightech-Agenda:** Entwicklung Deutschlands zum Kompetenzzentrum für Zukunftstechnologien, inkl. Luft- und Raumfahrt, Quantencomputing und Raumfahrtstrategie.
- **Innovationen „Made in Germany“:** Stärkung von Technologien aus Deutschland. Intensivierung von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Globalen Süden und dem asiatisch-pazifischen Raum. Förderung deutscher Halbleiter- und Batteriezellenproduktion. Umsetzung des europäischen Chipgesetzes² zur Verringerung der Abhängigkeit von Drittstaaten. Technologieoffene Energieforschung.
- **Forschung, Innovationen, Transfer & Entrepreneurship:** Stärkung von EU-Projekten. Schaffung Innovations- & Forschungsfreiräume für praxisnahe Forschung. Erleichterter Zugang des Mittelstands zu Forschungs- und Innovationsprogrammen.
- **Freiräume für KI:** Förderung der KI-Forschung. Verhinderung von Überregulierung und Bürokratie durch Weiterentwicklung und nationale Umsetzung des europäischen KI-Acts³.
- **Europäische Digitalunion und digitale Souveränität:** Stärkung eines europäischen digitalen Binnenmarkts mit modernen Wettbewerbsregeln. Ausbau und Betrieb moderner Infrastrukturen (insb. souveräne KI- und Cloudanwendungen)
- **Weiterbildung und Kompetenzaufbau für Digitalisierung:** Anpassung der Aus- und Fortbildungsordnungen an neue Berufsbilder und Digitalisierung. Stärkere Einbindung von digitalen Weiterbildungen.
- **Abschaffung der Schriftform im Arbeitsrecht:** Bevorzugung elektronischer Prozesse, wo sinnvoll.

²: EU Chips Act; https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/european-chips-act_de

³: Europäische Verordnung über künstliche Intelligenz (KI-Verordnung); https://commission.europa.eu/news/ai-act-enters-force-2024-08-01_de

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Datenchancen- anstatt Datenschutzpolitik:** Förderung von Open Data und Innovationspotenzialen durch weniger Regulierung. Alltagstaugliche Datenschutzpolitik. Bekämpfung von Überregulierung und Rechtsunsicherheit bei Datennutzung.
- **Mindestdauer-Speicherung von IP-Adressen:** Verpflichtende Mindestspeicherung von IP-Adressen und Portnummern für eine Mindestdauer.
- **Cybersecurity „Made in Germany“:** Deutschland als Weltmarktführer für sichere IT-Lösungen. Unterstützung von Klein- und Mittelstand bei Cybersicherheit durch Steueranreize und Sensibilisierung.
- **Videoüberwachung & Gesichtserkennung:** Einsatz von Videokameras/Systemen zur automatisierten Gesichtserkennung in Gefahrenzonen/ an Brennpunkten. Erweiterte Befugnisse für Sicherheitsbehörden (Einsatz elektronischer Gesichtserkennung und Software zur Analyse großer Datenmengen).

FAZIT:

Die Union verfolgt einen wirtschaftsfreundlichen Ansatz, der auf Digitalisierung als Motor für Wachstum und Innovation setzt. Mit starker Fokussierung auf Infrastruktur und KI-Förderung sowie technologieoffener Forschung wird Fortschritt versprochen, der soziale und nachhaltige Aspekte der Digitalisierung bleibt derweil im Vergleich zu anderen Parteien eher im Hintergrund.

Die CDU/CSU schlägt zur Digitalisierung sehr konkrete Maßnahmen und Schritte vor. Ein zentraler Baustein ist das einzurichtende **Digitalministerium**, das bestehende Initiativen und Zuständigkeiten in anderen Ministerien bündeln und Digitalisierung als Querschnittsthema gezielt und ressortübergreifend vorantreiben soll.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung und zum Bürokratieabbau durch weitreichende Eingriffe in den Datenschutz (u. a. Überwachungsmaßnahmen, Deregulierung im Datenschutzrecht) werfen Umsetzungs- und Akzeptanzfragen auf. Diese betreffen die rechtlichen Hürden ebenso wie potenzielle Widerstände durch Datenschutzorganisationen und Bevölkerung.

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD

Die SPD hat am 11. Januar 2025 in Berlin ihr Wahlprogramm beschlossen.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

- **DigitalPakt Schule:** Fortsetzung & Weiterentwicklung des bestehenden DigitalPakts mit Fokus auf digitale Bildung.
- **Weiterbildung für moderne Lern- & Arbeitswelt:** Förderung von Qualifikationen für berufliche Veränderungen durch Weiterbildungsprogramme. Ausbau von Programmen zur Förderung der Medienkompetenz, Bekämpfung von Manipulation und Desinformation für alle Altersgruppen.
- **Digitale Gesundheitsversorgung & Patientenakte:** Verbesserung von Diagnostik & Behandlung durch KI & Telemedizin. Weiterentwicklung digitale Patientenakten zum persönlichen Gesundheitsberater. Reduktion des Dokumentationsaufwands durch KI.
- **Online-Plattform für Ansprüche aus Mietpreisbremsen:** Kostenlose Plattform zur Geltendmachung von Ansprüchen aus Mietpreisbremse.

STAAT UND VERWALTUNG

- **Registermodernisierung & digitale Antragsverfahren:** Umsetzung der Registermodernisierung. Einführung des „Once-Only“-Prinzips und einheitlicher Register für bessere Datennutzung. Abschluss des notwendigen Staatsvertrags zwischen Bund und Ländern. Aufbau von plattformbasierten Lösungen zur Antragsbearbeitung. Digitale Verfahren zur Beantragung von Leistungen (z. B. BAföG, Kindergeld).
- **Anlaufstellen für digitale Verwaltungsdienstleistungen:** Niedrigschwellige, barrierefreie, wohnortnahe, mehrsprachige digitale und physische Zugänge für staatliche Leistungen.
- **Digitale Identitäten:** Flächendeckende Einführung EU-weit kompatibler elektronischer Bürgeridentitäten. Einführung der DeutschlandID für Verwaltungsleistungen.
- **Ministerium für Verwaltungsdigitalisierung:** Bündelung der Zuständigkeiten für Digitalisierung in einem Ministerium. Effiziente Zusammenarbeit nachgeordneter Stellen (u. a. ITZbund, Bundesdruckerei). Ausstattung des Ministeriums mit den nötigen finanziellen Mitteln und Befugnissen. Ressortübergreifende Missionsorientierung zur Effizienzsteigerung.
- **Digitalchecks für Gesetze:** Prüfung aller Gesetzesentwürfe auf Digitaltauglichkeit. Anpassung bestehender Gesetze.
- **KI & Automatisierung in der Verwaltung:** Nutzung von Automatisierung und KI, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen und effizienter zu gestalten.
- **Digitalisierung der Justiz:** Bundesweit compatible digitale Systeme zur Unterstützung der Effizienz und Leistungsfähigkeit in der Justiz.

- **Entbürokratisierung und Vereinfachung von Förderprogrammen für Kommunen:** Verfahren für Kommunen zugänglicher und einfacher gestalten.

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Digitalisierung im ländlichen Raum:** Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch flächendeckendes Breitbandinternet, Telemedizin und nachhaltige Mobilitätslösungen.
- **Modernisierung der Energieversorgung:** Ausbau und Integration erneuerbarer Energien, Einführung dezentraler Versorgungsmodelle und Strom-Spar-Checks.
- **Förderung von Investitionen in Digitalisierung:** Anpassung der Finanzpolitik, um Investitionen in digitale Transformation (auch durch Kredite) zu befördern. Nutzung der Möglichkeiten öffentliche wie auch private Investitionen finanziell zu fördern.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Weiterentwicklung KI-Strategie:** Entwicklung branchenspezifischer Ökosysteme und sozialer Innovationsprojekte. Verstärkte Investitionen in Recheninfrastrukturen sowie Kompetenzen an Hochschulen. Die Förderung von KI für soziale und gemeinwohlorientierte Projekte.
- **Deutschlandfonds:** Vom Bund zur Verfügung gestelltes Startkapital von 100 Milliarden Euro. Mobilisierung privaten Kapitals. Ermöglicht bürokratiearme Eigenkapitalzuschüsse und Darlehen für Unternehmen und Einrichtung zur Unterstützung bei Transformationsaufgaben.

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Stärkung Cybersicherheit:** Ausbau des BSI zur Zentralstelle der Cyber- und Informationssicherheit, Einführung des KRITIS-Dachgesetzes⁴ und verstärkte Abwehr hybrider Gefahren.
- **Erfassung von IP-Adressen:** Wirksamen Strafverfolgung durch Nutzung von Log-in-Fallen, die bei der Anmeldung an einem verdächtigen Benutzerkonto (unter Wahrung der Grundrechte und des Datenschutzes) die IP-Adresse erfasst.
- **Datennutzung für Mobilitätswende:** Förderung von Datenaustausch zur Mobilitätswende, z. B. für Ticketvereinheitlichung, vernetzte Mobilitätsangebote.
- **Verbraucherschutz im digitalen Raum:** Maßnahmen gegen Abzocke, Manipulation und zur Wahr-

⁴: Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen („Kritis-Dachgesetz“); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kritis-dachgesetz-2318846> mission.europa.eu/news/ai-act-enters-force-2024-08-01_de

nung der Netzneutralität. Daten- und Opferschutz bei Hassdelikten: Keine Offenlegung von Anschriften im Strafverfahren durch Akteneinsicht. Einführung eines Gesetzes gegen digitale Gewalt, das Strafbarkeitslücken schließt.

- **Regulierung von digitalen Plattformen und KI:** Strenge Durchsetzung von EU-Regelungen wie DSA⁵, DMA⁶ und KI-Verordnung. Verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Faire Vergütungsregeln zum Schutz der Kreativwirtschaft. Förderung der Unabhängigkeit von außereuropäischen Plattformen durch europäische Alternativen. Verpflichtung für Plattformen, Entscheidungsprozesse offenzulegen (Algorithmen-Transparenz) und gegen diskriminierende Praktiken vorzugehen. Bot-Kennzeichnungspflicht.

FAZIT:

Die SPD positioniert sich mit einem Programm, das auf sozialen Ausgleich, Teilhabe und moderne Verwaltung ausgerichtet ist. Sie legt einen starken Fokus auf die Integration von Sozialpolitik und digitaler Innovation sowie die Förderung der digitalen Souveränität auf europäischer Ebene. Digitalisierung soll dabei nicht nur als Innovationsmotor, sondern zudem als Werkzeug für sozialen Fortschritt genutzt werden.

Ähnlich wie die CDU/CSU, Grüne und FDP möchte die SPD alle Zuständigkeiten für die Digitalisierung der Verwaltung auf Ministerien-Ebene in einem **Digitalministerium** bündeln und dieses mit den notwendigen Ressourcen und Befugnissen ausstatten, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf digitale Verwaltungsdienstleistungen zu beschleunigen und die Zusammenarbeit nachgeordneter Stellen (u. a. ITZBund, Bundesdruckerei, Bundesverwaltungsamt, BSI, Digitalservice, FITKO) zu verbessern.

Zwar liegt der Fokus auch bei Union, Grünen und FDP auf Verwaltungsdigitalisierung, allerdings wird insbesondere bei der Union ein breiteres Verständnis eines Digitalministeriums beschrieben, das neben der Verwaltungsdigitalisierung auch Themen wie Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste und modernes Regierungshandeln verantwortet. Die SPD geht nicht näher auf die Ausgestaltung des Ministeriums ein.

⁵: Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA); <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:02022R2065-20221027>

⁶: Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA); https://digital-markets-act.ec.europa.eu/index_en?prefLang=de

„ZUSAMMEN WACHSEN“, DAS REGIE- RUNGSPROGRAMM DER GRÜNEN

Das Bündnis 90/Die Grünen hat am 26. Januar 2025 auf dem Parteitag in Berlin ihr Wahlprogramm beschlossen.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

BILDUNG UND SOZIALES

- **Bildung für Digitalisierung:** Ausbau digitaler Kompetenzen in Schulen & Berufen. Förderung moderner, digitaler Infrastrukturen an Hochschulen (z. B. durch die „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“). Finanzielle Unterstützung für die Digitalisierung von Schulen durch Bund, Länder und Kommunen.

STAAT UND VERWALTUNG

- **Registermodernisierung und Bürokratieabbau:** Umsetzung des „Once-Only-Prinzips“: Bürger:innen und Unternehmen sollen Daten nur einmal einreichen. Einsatz moderner Datentools in Behörden. Modernisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen (u. a. durch den Einsatz von KI). Serviceorientierte Verwaltung orientiert an den Bedürfnissen der Menschen. Automatische digitale Datenübermittlung durch den Staat.
- **Deutschland-App:** Zentralisierung öffentlicher Dienstleistungen in barrierefreier, modularer App, die es ermöglicht, staatliche Dienstleistungen an zentraler Stelle zu erledigen. Sinnvolles Ineingreifen der Verwaltungsdomänen von Bund, Ländern und Kommunen.
- **Bündelung von Verantwortlichkeiten und Ressourcen für Digitalisierung:** Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung, um Zersplitterung der Zuständigkeiten und der fehlenden Ressourcenbündelung entgegenwirken.
- **Digitalchecks bei Gesetzgebung:** Ausbau von Digital- und Praxischecks für praxistaugliche Gesetze, Schaffung von Reallaboren.
- **Digitalisierung von Bauverfahren:** Digitalisierung und bundesweite Angleichung von Verfahren, um schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen zu ermöglichen.
- **One-Stop-Shops für Gründer:innen:** Unterstützung und Beratung aus einer Hand.
- **Digitale Einwanderungsagentur:** Beschleunigung und Modernisierung von Einwanderungsprozessen durch eine digitale Einwanderungsagentur.
- **Moderne Justiz und Strafverfolgung:** Einführung

eines deutschlandweiten Onlineverfahrens für Zivilprozesse. Transparenz und Effizienz durch ein Ticketsystem für polizeiliche Kontrollen. Moderne Ausstattung der Sicherheitsbehörden.

- **Modernisierung Vergaberecht:** Senkung von Direktauftragsgrenzen und Modernisierung des Vergaberechts, um die Vergabestellen zu entlasten.
- **Digitale Identitäten:** Vorantreiben der BundID als zentraler Dienst für Bürger:innen.

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Ausbau Breitband und Mobilfunk:** Ausbau von Glasfaser, Beseitigung von Funklöchern und Förderung digitaler Standards für gleichwertige Lebensverhältnisse. Beschleunigung der Genehmigungsprozesse. Schaffung von Open Access.
- **Digitale Mobilitätskonzepte:** Vernetzte Lösungen wie Kleinbusse für sichere, klimafreundliche Mobilität in ländlichen Regionen.
- **Digitalisierung Energieversorgung:** Digitalisierung und Flexibilisierung von Stromnetzen. Einführung dynamischer Stromtarife für Bürger:innen. Förderung der Eigenstromproduktion und Klimaneutralität durch moderne Technologien.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Innovationsförderung:** Unterstützung von Schlüsseltechnologien (KI, Biotechnologie, Quantentechnologie, Mikrochips und Robotik). Ausbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) sowie der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND). Erleichterung digitaler Geschäftsmodelle. Insb. Förderung von klimaneutralen Technologien.
- **Experimentierräume für Technologien:** Etablierung von Experimentierräumen (Reallaboren) zur Erprobung und Anwendung neuer Technologien.
- **Interoperabilität und Standards:** Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen effizienten Datenaustausch entlang der Wertschöpfungskette. Überwindung von Grenzen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen von Staat, Unternehmen und Forschung. Förderung offener Standards, die ohne Lizenzgebühren frei nutzbar sind.
- **Europäische Digitalunion:** Bündelung von Kräften auf europäischer Ebene. Förderung eines europäischen Binnenmarkts. Aufbau einer europäischen und internationalen Digitalpolitik.
- **Deutschlandfond und Reform der Schuldenbremse:** Deutschlandfonds für Kommunen, Länder und Bund und Aussetzen der Schuldenbremse, um Investitionen in Digitalisierung und andere dringende Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Investitionsschutzgesetz:** Als Ergänzung zum KRITIS Dachgesetz sollen Schlupflöcher für ausländische Investoren geschlossen werden.

- **Reform der DSGVO:** Einfachere und unbürokratische Gestaltung des Datenschutzes. Förderung von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität. Vermeidung von Doppelregulierung und unklaren Zuständigkeiten.
- **Cybersicherheitsstärkungsgesetz:** Ausbau des BSI zur Zentralstelle für IT-Sicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen. Härtung der IT-Infrastruktur gegenüber Cyberangriffen, Datendiebstahl und Spionage.
- **Bekämpfung von Desinformation und Verbraucherschutz:** Verpflichtung von Medienplattformen, gegen Desinformationskampagnen vorzugehen. Schutz von Verbraucher:innen und Mittelstand vor unfairen Wettbewerbspraktiken.
- **IT-Sicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen:** Effektive Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Bot-basierte Kampagnen. Schutz vor Datendiebstahl, Spionage und Cyberangriffen.
- **Regulierung digitaler Plattformen und Dienste:** Konsequente Umsetzung des Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und des Digitale-Märkte-Gesetz (DMA)
- **Umsetzung EU KI-Verordnung:** Nationale Umsetzung der KI-Regulierung; Wahrung von Menschenrechten und Diskriminierungsfreiheit. Stärkung der rechtlichen Stellung von Urheber:innen.
- **Quick-Freeze-Verfahren:** Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle. Bürgerrechtsschonende Instrumente (z. B. Quick-Freeze) zur Verfolgung von Straftaten statt Vorratsdatenspeicherung.
- **Open-Source-Strategie:** Entwicklung einer Open-Source-Strategie. Förderung innovativer digitaler Produkte insb. Open-Source-Software durch staatliche Einkaufspolitik.

FAZIT:

Das Digitalisierungsprogramm der Grünen zeichnet sich durch eine konsequente Verbindung von Nachhaltigkeit, Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit mit technologischer Innovation aus. Insgesamt verfolgt das Programm eine zukunftsorientierte, sozial-ökologische und europäisch geprägte Digitalstrategie mit einer grundsätzlichen Technologie-Offenheit, die Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als Werkzeug für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft versteht.

Das Programm stellt dabei die Förderung von Nachhaltigkeit, Bürgerrechte und gemeinwohlorientierte Technologieentwicklung in den Mittelpunkt. Die Grünen machen sich in diesem Kontext für offene Standards, Open Government, Open Data und Netzneutralität in

der Digitalisierung stark. Durch die Betonung einer europäischen Digitalunion und die Umsetzung von EU-Verordnungen wird der europäische Gedanke in der Digitalpolitik hervorgehoben.

Die vorgeschlagene Bündelung von Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Budgetverantwortung deutet auf einen ähnlichen Ansatz hin, wie ihn die CDU/CSU, FDP sowie die SPD mit einem eigenständigen **Digitalministerium** fordert. Allerdings liegt der Schwerpunkt hier auf einer funktionsübergreifenden Koordination und einer besseren Verzahnung von Bund, Ländern und Kommunen sowie Bündelung bestehender Strukturen, ohne explizit ein eigenes Ministerium zu benennen. Dadurch bleibt unklar, wer die Gesamtverantwortung trägt.

In Sachen Umsetzung legt die Partei einen starken Schwerpunkt auf Regulierung – von Datenschutz bis zu Klimastandards. Für die Umsetzung der ambitionierten und umfassenden grünen Digitalstrategie wird die Akzeptanz in der Wirtschaft und Bevölkerung sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen entscheidend sein.

„ALLES LÄSST SICH ÄNDERN.“, DAS WAHLPROGRAMM DER FREIEN DEMOKRATEN

Der Bundesvorstand der FDP hat das Wahlprogramm bereits beschlossen, mit dem die Liberalen in die vorgezogene Bundestagswahl ziehen wollen. Es muss auf einem Sonderparteitag am 9. Februar noch bestätigt werden. Der vom Bundesvorstand beschlossene Entwurf liegt bereits vor.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

BILDUNG UND SOZIALES

- **Digitalpakt 2.0 & altersstufenübergreifende digitale Bildung:** Technische Modernisierung der Schulen. Verankerung digitaler Lehre in Aus- & Weiterbildung. Digitaloffensive für Senior:innen. MINT-Förderung in der frühkindlichen Bildung. Integration KI-gestützter, adaptiver Lernmethoden in den Schulalltag. Moderne außerschulische Lernorte. Campus für Bildungsinnovationen analog zum GovTech-Campus.
- **Digitale Gesundheitsversorgung:** Aktive Prävention z. B. durch Gesundheits-Apps, Telemedizin und Wearables. Digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik in der Pflege.
- **Digitale Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche:** Unterstützung Ehrenamtlicher durch digitale Lösungen (z. B. Plattform zu Auflagen, Register- und Berichtspflichten)

STAAT UND VERWALTUNG

- **„Digital Only“ & „Once Only“:** Abbau analog-digitaler Doppelstrukturen. Ersatz durch moderne, effiziente; digitale Lösungen. Unterstützung durch menschliche Digitallotsen und KI-Bürgerassistenten. Bürger:innen und Unternehmen sollen bestimmte Informationen der Verwaltung nur einmal bereitstellen. Fokus auf Effizienz und Bürgerfreundlichkeit.
- **Digitale Identitäten:** Flächendeckender Ausbau der Digitalen Identität in einer neu geschaffenen digitalen wallet auf dem Smartphone. DeutschlandID als digitales Bürgerkonto.
- **„Government as a Platform“-Modell (GaaP):** Eine einheitliche Plattform für alle digitalen Verwaltungsanwendungen in Deutschland.
- **Digitalministerium:** Zusammenfassung des Querschnittsthemas Digitalisierung in einem Bundesministerium für Digitalisierung aus bestehenden Abteilungen anderer Ministerien.
- **Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen:** Einführung und Durchsetzung des Rechts, alle Verwaltungsleistungen digital abwickeln zu können. Vollständige Registermodernisierung.
- **Digitale Antragsverfahren:** Digitalisierung & Automatisierung der Elterngeld-Beantragung und weiterer Familienleistungen, z. B. über ein Kinderchancenportal & KI-basierte Beantragung. One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt.
- **Vereinfachung Vergaberecht:** Senkung der Belastungen für Behörden & Unternehmen durch weniger Komplexität in Vergabeverfahren. Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten. Anhebung der Wertgrenzen für Direktaufträge.
- **Digitale Justiz:** Nutzung von KI in der Justiz (z. B. gerichtliche Entscheidungen als Trainingsdaten). Digitalisierung von Gerichten und Verfahrensrecht.

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Glasfaser- und Mobilfunkausbau:** Förderung von Wettbewerb zwischen Technologieunternehmen. Passgenaue Förderungen.
- **Innovation im ÖPNV:** Flexible, bedarfsgerechte Angebote auf Grundlage verfügbarer Daten & digitaler Plattformen. Digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Investitions- und Innovationsoffensive in Zukunftstechnologien:** Investitions- und Innovationsoffensive der EU für Zukunftstechnologien, um an

wirtschaftlicher Kraft gegenüber außereuropäischen Akteuren zu gewinnen.

- **Schriftform als Ausnahme:** Schriftform als Ausnahme, um Unternehmen Bürokratie zu ersparen. Absenkung der Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege. Digitale Arbeitsverträge in allen Branchen.
- **Innovationsfreundlichere Umsetzung des KI-Acts:** Deutschland zu einem der stärksten Standorte für künstliche Intelligenz in der Welt machen. Innovationsfreundlichere Gestaltung der Umsetzung des europäischen KI-Acts.
- **Open Data:** Offenes und transparentes Datenökosystems im Versicherungsbereich („Open Insurance“). Vereinfachter Zugang zu Forschungsdaten über ein Forschungsdatengesetz.
- **Wissenschaft als Schlüssel zur Zukunft:** Wissenschaftsfreiheit und optimale Rahmenbedingungen für Forschung.

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Vereinfachung und Effizienzsteigerung beim Datenschutz:** Vereinheitlichung der bislang föderal organisierten Datenschutzaufsicht, um bürokratischen Aufwand, Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Effektivere Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Ermächtigung der Datenschutzkonferenz zu verbindlichen Beschlüssen.
- **Moderne Kriminalitätsbekämpfung im Einklang mit Bürgerrechten:** Verbesserte Kontrollen der Nachrichtendienste. Auswirkungen auf Bürgerrechte und die technische Realisierbarkeit bei neuen Befugnissen für Sicherheitsbehörden prüfen. Recht auf Verschlüsselung für private Kommunikation. Verbot des Einsatzes von automatisierter Gesichtserkennung im öffentlichen Raum. Quick-Freeze-Modell für bestimmte Daten auf richterliche Anordnung.
- **Cybersicherheit stärken:** Neuordnung staatlicher Zuständigkeiten. Einführung des Prinzips „Security by Design“. Geordnetes Schwachstellenmanagement für IT-Schwachstellen. Aufbau von Kompetenzen, Infrastrukturen und Know-how zu Soft- und Hardware in Europa und Deutschland. Ausbau von Rechenzentren.
- **Moderner Verbraucherschutz und Schutz der Meinungsfreiheit im digitalen Raum:** Smart Contracts, die eine automatische Entschädigung von Verbrauchern bei Verspätungen vorsehen. Die im Rahmen des Digital Services Acts eingeführten Sorgfaltpflichten für Plattformen dürfen nicht die Meinungsfreiheit beeinträchtigen.

FAZIT:

Die FDP sieht in der Digitalisierung vor allem einen Innovationstreiber und Wachstumsfaktor. Insgesamt verfolgt die FDP eine technologieoffene Strategie mit Fokus auf KI, Open Data und Entbürokratisierung und setzt

stark auf die Förderung von Innovationen und Zukunftstechnologien, um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Soziale Aspekte oder eine klare Umweltagenda rücken jedoch eher in den Hintergrund.

Auch die FDP greift wie CDU, SPD und die Grünen die Idee eines eigenen **Digitalministeriums** auf, um die Umsetzung der Digitalisierung als Querschnittsthema auf Bundesebene voranzutreiben. Grundsätzlich verfolgt die FDP damit auf Ministerialebene das Ziel, Verantwortungskompetenz der Ministerien zu stärken und Strukturen (z. B. durch den Wegfall von Unterabteilungen) zu verschlanken. Genauere Angaben zur Ausgestaltung und den Zuständigkeiten des Digitalministeriums fehlen allerdings.

Die FDP ist derzeit die einzige Partei, die aus Effizienzgründen explizit einen „Digital Only“-Ansatz vorschlägt, um analoge Prozesse vollständig zugunsten digitaler Lösungen abzuschaffen. Rechtlich ist zu hinterfragen, inwieweit sich dies mit der geltenden Rechtsordnung vereinbaren lässt. Auf gesellschaftlicher Ebene könnte die radikale Umstellung auf digitale Prozesse insbesondere weniger digital-affine Menschen abschrecken. Auf regulatorischer Ebene könnten die Vorschläge (insb. bezogen auf Datenschutz) bei Ländern aber auch bei Datenschützern auf Widerstand stoßen. Zudem ist die Kompatibilität zu europäischem Recht zu prüfen.

„DU VERDIENST MEHR.“, DAS WAHLPROGRAMM DER LINKEN

Die Linke beschloss am 18. Januar 2025 ihr Wahlprogramm in Berlin bei einem außerordentlichen Parteitag.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

BILDUNG UND SOZIALES

- **Berücksichtigung sozialer & ökologischer Auswirkungen der Digitalisierung:** Verlängerung von Garantiepfllichten und Mindestupdatepflichten für Software. Energiesparende Softwareprogrammierung und Geräteeinstellung by default. Verschärfung der Nachhaltigkeitsvorgaben für Rechenzentren. Einfluss des Staates als großer Abnehmer zur Durchsetzung nachhaltiger Lieferketten nutzen. Förderung von Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen digitaler Technologien. Transparenz und demokratische Prinzipien bei der Auswahl von Technologien.

- **Kein Digitalzwang:** [Im Wahlprogramm finden sich hierzu keine weiteren Erläuterungen].
- **Digitale Bildung:** Lehr- und Lernmittelfreiheit auch für digitale Geräte. Schaffung notwendiger Netzwerkinfrastruktur an Schulen. Förderung von Medien- und Datenschutzkompetenz. Kein Ersatz von Lehrpersonal durch Lernsoftware. Bevorzugung von Open-Source-Standards für Bildungssoftware und Open Educational Resources (OER).
- **Hochschul-Digitalpakt:** Förderung der digitalen Infrastruktur an Hochschulen durch zusätzliche Mittel von Bund und Ländern.
- **Teilhabe an der digitalen Gesellschaft:** Förderung des kommunalen und gemeinnützigen Glasfaserausbaus zur Vermeidung eines unnötigen Doppelausbaus. Recht auf schnellen Internetzugang (100 Mbit/s). Deckelung der Preise. Berücksichtigung der Kosten für Geräte und Internetzugang bei Sozialleistungen. Fachkundiges Personal für öffentliche Stellen zur Unterstützung bei Online-Anträgen.
- **Sicherheit, Souveränität & Datenschutz bei Gesundheitsanwendungen:** Keine Freigabe von Daten ohne Wissen der Patient:innen für Patientenakte. Wissenschaftl. Begutachtung digitaler Gesundheitsanwendungen. Förderung von Open-Source.

STAAT UND VERWALTUNG

- **Digitaler Euro & anonymes Zahlen:** Einführung digitalen Euros durch die EZB als garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel, ergänzend zum Bargeld, das Privatpersonen in begrenztem Maße unverzinst auf Konten bei der EZB halten können. Gesetzliches Recht auf anonymes Zahlen bei kleinen Beträgen.
- **Recht auf Open Data:** Einführung eines Transparenzgesetzes für anonymisierte und kostenfreie Bereitstellung von Daten aus öffentlichen Dienstleistungen und Forschungsergebnissen (Open Access).
- **Smart City:** Projekte der Smart City sollen in kommunaler Hand bleiben, um die Teilhabe der Bürger:innen zu gewährleisten und nicht als Geschäftsmodelle großer Konzerne zu dienen.
- **Sichere Lösungen für digitales Ausweisen:** Beibehaltung physischer Chipkarten für elektronische Ausweise. Keine Speicherung von Ausweisdaten bei Online-Vorgängen.
- **Öffentliche Förderung von Open-Source-Anwendungen:** Öffentliche Mittel sollen bevorzugt in Open-Source-Lösungen fließen. Proprietäre Software soll die Ausnahme bleiben, um Unabhängigkeit von digitalen Monopolen zu fördern. Transfer von bereits entwickelten Programmen auf andere Verwaltungen ohne größere Zusatzkosten.

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Car-Sharing-Plattformen:** Förderung öffentlicher und gemeinnütziger Car-Sharing-Plattformen als Teil einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie.

- **Bedenken bei autonomem Fahren:** Kritik an datenschutz- und haftungsrechtlichen Herausforderungen sowie technologischen Unsicherheiten.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Zerschlagung digitaler Monopole:** Förderung gemeinnütziger Plattformen als Alternative zu profitorientierten Konzernen. Verbot von personalisiertem Online-Tracking und -Werbung. Nutzung rechtlicher Spielräume zur Zerschlagung der Monopole (z. B. Kartellrecht).
- **Urheberrechtsschutz bei KI:** Kennzeichnung KI-generierter Inhalte. Haftung von Plattformen bei Rechtsverstößen. Vergütung urheberrechtlich geschützter Inhalte für KI-Training.

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Schutz vor digitaler Massenüberwachung:** Kein Einsatz von Staatstrojanern, Chat-Kontrollen, bei denen Sicherheitslücken absichtlich zu Überwachungszwecken offengehalten werden.
- **Förderung ganzheitlicher IT-Sicherheit:** Unterstützung kleinerer Kommunen durch das BSI. Entkriminalisierung der IT-Sicherheitsforschung und bessere Ausstattung der Bundesnetzagentur.
- **„Verbraucher*inneninformationsgesetz“:** Stärkung der Rechte von Verbraucher:innen durch strengere Transparenzstandards und Haftung für Onlineplattformen und Marktplätze.

FAZIT:

Das Digitalprogramm der Linken ist stark auf eine demokratische, gerechte und transparente Digitalisierung mit starken sozialpolitischen Elementen ausgerichtet. Durch die Förderung von Open Source, Open Data, gemeinnützigen Plattformen und sozial-ökologischen Digitalisierungsansätzen wird eine deutliche Abgrenzung von profitorientierten Großkonzernen verfolgt. Die Ablehnung digitaler Überwachungsmaßnahmen, gepaart mit der Förderung von IT-Sicherheitsforschung und der Stärkung unabhängiger Behörden, spiegelt das Augenmerk auf digitale Privatsphäre und Sicherheit der Linken wider.

Weniger Fokus legt die Linke auf die Förderung technischer Innovationen, insbesondere in der Wirtschaft. Abgesehen von der Förderung gemeinnütziger und öffentlicher Plattformen gibt es wenig konkrete Vorschläge zur Förderung neuer Technologien oder Start-ups, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von Bedeutung wären.

Obwohl an einzelnen Stellen auf die Potenziale der Digitalisierung verwiesen wird (z. B. für Klimaschutz und Preisüberwachung), lässt sich doch eine grundsätzlich technologie-skeptische Haltung gegenüber (insb. datengetriebenen) technischen Innovationen (z. B. Smart City, autonomes Fahren) aber auch gegenüber der Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle erkennen. Insbesondere die Forderungen zur Regulierung des Marktes (z. B. Deckelung von Internetpreisen) wirft Fragen zur praktischen Umsetzung und zur Vereinbarkeit mit anderen regulatorischen Anforderungen auf.

„UNSER LAND VERDIENT MEHR!“, DAS WAHLPROGRAMM DER BSW

Das BSW hat bei einem Bundesparteitag am 17.01. in Bonn sein Wahlprogramm für beschlossen.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

BILDUNG UND SOZIALES

- **Begrenzter Einsatz digitaler Medien und Geräte im Bildungsalltag:** Ausschluss digitaler Geräte wie Handys und Tablets bis zum Ende der Grundschule aus Klassenzimmern. Nach der Grundschule, Einsatz auf ein Minimum reduzieren. Stärkerer Fokus auf Erwerb analoger Lese- und Rechtschreibfähigkeiten sowie sportliche Aktivitäten.
- **IT-Management in Schulen:** Entlastung der Lehrkräfte durch spezialisiertes IT-Management.
- **Grundsatz menschlichen Kontakts im Gesundheitswesen:** Fokus auf menschlichen Kontakt in der Gesundheitsversorgung.

STAAT UND VERWALTUNG

- **Gesetzlich geschütztes Recht auf nichtdigitale Teilhabe:** Recht für Bürger:innen, sich vom digitalen Leben fernzuhalten, ohne ausgeschlossen oder diskriminiert zu werden (insb. im Behördenkontext). Bargeldzahlungen weiterhin ermöglichen.
- **Digitalisierung von Behördenkommunikation:** Effizienzsteigerung durch „Once-Only-Prinzip“. Bürger:innen & Unternehmen müssen Daten nur einmal eingeben. Zentrales Online-Portal als „One-Stop-Shop“ für behördliche Dienstleistungen.
- **Digitale Souveränität der Behörden:** Begrenzung der Marktmacht ausländischer Unternehmen. Stärkung der Unabhängigkeit von internationalen IT-Konzernen. Kritik an Rahmenverträgen mit ausländischen Unternehmen.
- **Kritischer Blick auf Digitalisierungskongresse:** Bedenken zu möglichem Lobbyismus und zur Einflussnahme privater Unternehmen auf staatliche Digitalisierungsprojekte durch Digitalisierungskongresse, die Staat gemeinsam mit der IT-Branche ausrichtet.

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Intelligente Netze und Messstellen aus öffentlicher Hand:** Die für eine flexiblere Energieversorgung erforderlichen intelligenten Netze und Messstellen sollten aus Datenschutzgründen in öffentlicher Hand sein. Unterstützung für Kommunen.
- **Versorgungssicherheit ohne Energiekappung:** Ablehnung potenzieller Energiekappung [gemeint ist hier wahrscheinlich die Steuerung nach §14a EnWG]. Gemeinwohl- statt profitorientierter Betrieb von Speicher- und Reservekapazitäten.
- **Modernisierung der Infrastrukturen:** Förderung von Investitionen in Netze, Straßen, Schienen und Gebäude. Ausnahme von Schuldenbremse, um Investitionsstau zu beheben.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Förderung von Innovationen & Zukunftstechnologien:** Stopp von Subventionen für ineffiziente Technologien wie Wasserstoff. Stärkere Förderung innovativer Technologien (CCS-/CCU-Anlagen, Geothermie, KWK-Technologien).
- **Bonus für Reparaturleistungen:** Niedrigere Mehrwertsteuern, bundesweite Boni für Reparaturleistungen, um die Reparatur defekter Geräte attraktiver zu machen.
- **Erhalt von Schlüsselbranchen im Land:** Erhalt und technologieoffene Modernisierung strategischer Industrien. Industriefonds für Investitionen in Start-ups und relevante Zukunftsbranchen. Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung.
- **Reduzierung der Macht von Finanzinvestoren:** Umwandlung großer Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, in innovationsfreundliche Stiftungsunternehmen.
- **Digitalisierung sinnvoll begrenzen:** Begrenzung der Digitalisierung, wo sie zusätzliche Bürokratielasten erzeugt (z. B. Pflicht zur elektronischen Rechnungsstellung, elektronischen Budgetierung, Datenschutzvorgaben bei kleinen Betrieben, Selbstständigen)

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Datensouveränität von Staat und Bürger:innen:** Verbot des Sammelns und Speicherns individueller Verhaltensdaten sowie von Tracking-Technologien wie Cookies. Entwicklung einer eigenständigen digitalen Infrastruktur der EU.
- **Bürgerrechte im digitalen Raum:** Kritik an fehlender Aussagekräftigkeit & Missverständlichkeit des DSA, da er zu Selbstzensur oder meinungsfreiheit-

feindlichen Löschpraxis führen könne.

- **Förderung von Open-Source & Open-Access:** Förderung von Open-Source-Software und Open-Access-Publikationen sowie frei verfügbarer KI-Modelle für Anwendungen in Wissenschaft, Bildung, Kultur und öffentlicher Verwaltung. Pflicht für Hersteller bei Marktaustritt, Software als Open Source freizugeben oder Lizenzcodes offenzulegen. Verstärkung öffentlicher Infrastrukturen für die Bereitstellung von Forschungsdaten. Freie Nutzung kryptografischer Verfahren. Recht auf freie Information.
- **Modernisierung der Sicherheitsbehörden und Polizei:** Solide Ausstattung der Polizei mit modernen Einsatzmitteln bei. Aus- und Fortbildung in Akademien und Trainingszentren im Hinblick auf Cyberkriminalität. Zusätzliche Ermächtigungsgrundlagen für Sicherheitsbehörden mit besonders hoher Eingriffstiefe (z. B. KI-basiert Datenanalysen) nur, wo der Schutz der Gesellschaft es erfordert.

FAZIT:

Die BSW setzt damit auf eine ausgewogene, jedoch konservative Digitalstrategie mit starken sozialpolitischen Elementen. Das BSW betont eine datensouveräne, unabhängige und gemeinwohlorientierte Digitalisierung und legt großen Wert auf die Unabhängigkeit der öffentlichen Verwaltung von internationalen IT-Konzernen und auf den Schutz der Daten der Bürger:innen. Dies soll vorrangig durch die öffentliche Kontrolle digitaler Infrastruktur und eine Begrenzung der Nutzung digitaler Technologien erreicht werden.

Der kritische Blick auf den „Digitalisierungshype“, insbesondere in Wirtschaft, Schulen und im Gesundheitswesen, sowie die gesetzlich geschützte Möglichkeit zur analogen Teilhabe sollen Bürger:innen einen alternativen Ansatz zur digitalen Überforderung bieten, zeigen aber auch eine grundsätzliche Technologie-Skepsis.

Insbesondere Forderungen wie das Verbot von Tracking, der vollständige Rückzug von internationalen IT-Konzernen aus der Verwaltung oder die Umwandlung großer Unternehmen in Stiftungsunternehmen werfen regulatorische und akzeptanzbezogene Umsetzungsfragen auf. Mit dem Ausschluss digitaler Medien und Gesetze, dem Recht auf nichtdigitale Teilhabe, aber auch dem grundsätzlich starken nationalen Fokus und dem Vorwurf der Zensur durch europäische Vorgaben, weist das BSW auffällige inhaltliche Überschneidungen zum Wahlprogramm der AfD auf.

„DEUTSCHLAND. ABER NORMAL.“, DAS WAHLPROGRAMM DER AfD

Die AfD hat am 11./12. Januar 2025 im sächsischen Riesa ihr Wahlprogramm verabschiedet.

ZENTRALE DIGITALPOLITISCHE ANSICHTEN:

BILDUNG UND SOZIALES

- **(Vorwiegend) „digitalfreie“ Grundschule:** Weitestgehender Fokus auf Lesen, Schreiben, Rechnen ohne digitale Einflüsse in den ersten vier Schuljahren.
- **Keine zentrale Speicherung von Patientendaten:** Schutz sensibler Patientendaten durch Verzicht auf zentrale Speicherlösungen.

STAAT UND VERWALTUNG

- **Bürokratieabbau durch Digitalisierung:** Ausbau E-Government. Unterstützung der Kommunen bei Entbürokratisierung (z. B. bei Bauen, Wohnen, Mieten).
- **Recht auf analoges Leben:** Wahlmöglichkeit zwischen analogen und digitalen Prozessen. Erhalt der Bargeldzahlung.
- **Stärkung der Kommunen, Landkreise & Regionen:** Reduzierung der Eingriffen übergeordneter Ebenen. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Bessere finanzielle Unterstützung bei Digitalisierungsprojekten (insb. bei Pflichtaufgaben wie z. B. OZG).
- **Zentrale Meldestelle für Rechtsverletzungen:** Einrichtung einer zentralen Meldestelle und länderspezifische Justizzentren für Netzrechtsdurchsetzung. Schwerpunkt-Justizzentren auf Länderebene für die Rechtsdurchsetzung im Netz.
- **Einführung einer Digitalsteuer:** Faire Besteuerung von Tech-Riesen auf Umsätze auf Basis von Nutzerdaten, personalisierter Werbung, Vermittlungsdiensten und aus dem Verkauf von Nutzerdaten nach dem Vorbild weiterer europäischer Länder [*Keine weiteren Erläuterungen, welche Länder*].
- **Verhinderung übergreifender Personenkennziffern:** Ablehnung von Personenkennziffern wie der Steuer-ID zur Umsetzung des OZG (Einführung hält die Partei für verfassungswidrig).

INFRASTRUKTUREN, MOBILITÄT UND ENERGIE

- **Breitbandausbau als Grundlage:** Flächendeckender Ausbau von Breitband, insbesondere in ländlichen Gebieten, um die digitale Kluft zu schließen.
- **Berücksichtigung der Gefahren des Netzausbaus:** Begleitung des 5G-Ausbaus durch wissenschaftl. Untersuchungen & umfassende Bürgeraufklärung,

insb. zu gesundheitlichen Risiken.

WIRTSCHAFT UND INNOVATION

- **Förderung deutscher Start-ups:** Verbesserung der Rahmenbedingungen für Start-ups und Förderung digitaler Innovationen.
- **Reduzierung der Abhängigkeit von ausländischen Anbietern:** Verringerung der Abhängigkeit von multinationalen Konzernen. Stärkung europäischer und heimischer IT-Lösungen. Bündelung europäischer IT-Kompetenzen.
- **Förderung und Deregulierung von KI und Quanten-Kryptographie:** Effektive gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI als Schlüsseltechnologie für Medizin, Verkehr und Energie. Erhöhung der Forschungsausgaben für Quanten-Kryptographie zur Wahrung der IT-Sicherheit. Keine zentralistische Regulierung durch die EU durch den Cybersecurity Act, Ethik-Leitlinien für KI und den KI-Act. Praxisnahe, nationale Lösungen zur Regulierung.

DATENPOLITIK, IT- UND CYBERSICHERHEIT

- **Umwandlung des BSI in Behörde des digitalen Verbraucherschutzes:** [*Im Wahlprogramm finden sich hierzu keine weiteren Erläuterungen*].
- **Abschaffung der DSGVO:** Ersatz der DSGVO durch ein neues, schlankes Datenschutzgesetz ersetzt werden. Datenschutzbehörden sollen auch gegenüber staatlichen Stellen sanktionsfähig sein. Zentrale Standards für datenschutzkonforme Technikgestaltung. Strengere Datenschutzvorhaben (insb. für den öffentlichen Sektor).
- **Einsatz quelloffener Software:** Bevorzugung von Open-Source-Software für Verwaltungsprozesse.
- **Förderung digitaler Souveränität:** Datenschutz und Schutz vor Überwachung, Bevormundung oder Einschränkung der Grundrechte durch Konzerne, Behörden und Geheimdienste. Schutz durch Technikgestaltung (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, „privacy by design/ by default“).
- **Weniger staatliche Regulierung für digitale Plattformen:** Abschaffung des NetzDG⁷, da es der Überwachung und Steuerung des Gedankenaustausches der Bürger:innen diene. Verhinderung von Upload-Filtern. Keine Implementierung des europäischen Digital Services Act (DSA) in Deutschland. Verlagerung der Entscheidungen über Rechtmäßigkeit von Plattforminhalten weg von Unternehmen zur Justiz.
- **Aktualisierung & Konsolidierung der IT-Sicherheitsgesetze:** Straffung des Rechtsrahmens für IT-Infrastrukturen, Produkte, Dienstleistungen und Systeme, um zielgerichtetes Zusammenwirken zu ermöglichen.
- **Stärkung der Cybersicherheit & digitalen Gefahrenabwehr:** Ausbau von Sicherheitsinfrastrukturen

⁷: Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG). <https://www.gesetze-im-internet.de/netzdg/BjNR335210017.html>

und Forschung im Bereich IT-Sicherheit. Moderne technische Ausstattung für Behörden der Gefahrenabwehr. Anwenderfreundliche Bürgerschnittstellen.

FAZIT:

Die AfD zieht in Sachen Digitalpolitik mit dem Slogan „Digitalisierung ist kein Selbstzweck“ in den Wahlkampf. Digitalisierung müsse demnach stets unter den Prämissen der Sinnhaftigkeit und der Arbeitserleichterung betrachtet werden. Das Wahlprogramm legt dabei einen umfassenden Schwerpunkt auf den Schutz persönlicher Daten und die Vermeidung zentralisierter Datenspeicherung, die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung sowie die langfristige technologische Souveränität Deutschlands und der EU. Gleichzeitig fehlt eine klare Vision für die Zukunft, insbesondere in Bildung und Innovation.

An einigen Stellen finden sich zudem Ambivalenzen und Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Forderungen: So stehen der Schutz persönlicher Daten, die Förderung digitaler Souveränität der Bürger:innen sowie die Reduzierung von außereuropäischen Abhängigkeiten immer wieder im deutlichen Widerspruch zu den Forderungen zur Abschaffung von Datenschutzvorgaben und einer De-Regulierung von digitalen Plattformen. Auf regulatorischer Ebene könnte es bei den geplanten Gesetzesänderungen zudem Schwierigkeiten in der Umsetzung kommen, da eine Einigung auf hierfür europäischer Ebene unwahrscheinlich ist.

Die AfD setzt in der Digitalpolitik auf eine konservative Haltung zur Digitalisierung, die in Teilen im Widerspruch zu ambitionierten Modernisierungsprogrammen auf der anderen Seite steht. Die Digitalisierungsvorschläge der AfD wirken oft reaktiv und wenig zukunftsorientiert.

Finanzierungsfragen bei allen Parteien

Die Umsetzbarkeit der vielfältigen Vorschläge der Parteien hängt nicht nur von politischem Willen und der Akzeptanz bei der Bevölkerung und in der Wirtschaft ab, sondern auch maßgeblich von einer ausreichenden Finanzierung. Interessant ist daher an dieser Stelle der Blick auf finanzpolitische und steuerliche Fragen in den Wahlprogrammen. Diesbezüglich ist festzuhalten: Alle Parteien setzen mit ihren Wahlprogrammen auf Steuer-senkungen für Unternehmen und Bürger:innen.

Die **Union** plant Entlastungen von über 40 Milliarden Euro für Haushalte, darunter 35 Milliarden Euro allein

durch eine Abflachung des Einkommensteuertarifs. Steuerliche Vorteile für Überstunden und Rentner:innen, die Erhöhung der Entfernungspauschale und eine niedrigere Mehrwertsteuer in der Gastronomie kosten zusätzlich 10 Milliarden Euro. Unternehmen sollen durch eine Senkung der Körperschaftsteuer und bessere Abschreibungsregeln um 20 Milliarden Euro entlastet werden – insgesamt knapp 90 Milliarden Euro. Bei der Finanzierung der Vorschläge bleibt die Union unklar und will grundsätzlich sparen, während gleichzeitig die Schuldenbremse aufrechterhalten bleiben soll. Von Steuererhöhungen an anderer Stelle ist nicht die Rede. Die Antwort bleibt auch deshalb offen, weil fast die Hälfte der Mindereinnahmen bei Ländern und Kommunen anfallen würde, die nicht ohne weiteres mitziehen dürften.

Die **SPD** plant Steuersenkungen von 15 Milliarden Euro für Normalverdiener:innen und eine reduzierte Mehrwertsteuer auf Lebensmittel (4 Milliarden Euro). Unternehmen sollen durch Investitionsprämien entlastet werden (20 Milliarden Euro). Gegenfinanziert werden sollen die Entlastungen durch höhere Steuern für Spitzenverdiener, eine verschärfte Erbschaftsteuer, die Reaktivierung der Vermögenssteuer und die Abschaffung der Abgeltungsteuer, was 19 Milliarden Euro einbringen würde. Insgesamt belaufen sich die Entlastungen so auf rund 30 Milliarden Euro.

Bei der **FDP** fallen die Entlastungsvorhaben größer aus: Bei der Einkommensteuer will die Partei den Einkommensteuertarif schrittweise abflachen (95 Milliarden Euro). Die Steuerbelastung der Unternehmen soll auf 25 Prozent und damit einen international wettbewerbsfähigen Satz sinken. Zudem soll der Solidaritätszuschlag endgültig entfallen, die Umsatzsteuer in der Gastronomie zudem auf sieben Prozent sinken. Die FDP käme damit auf schätzungsweise 138 Milliarden Euro Entlastungen für Bürger:innen und Unternehmen. Ähnlich wie bei der Union bleibt die Finanzierungsfrage offen: Die FDP setzt auf eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben des Bundes und damit auf Einsparungen. Die Schuldenbremse soll bleiben.

Die **Grünen** setzen vor allem auf Entlastungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Geplant sind eine Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer sowie die Einführung eines Klimagelds (20 Milliarden Euro). Stromsteuer und Netzentgelte sollen sinken, das käme Bürger:innen wie Unternehmen zugute. Private Investitionen will die Partei durch eine Investitionsprämie ankurbeln. Eine höhere Belastung könnte hingegen bei der Erbschaftsteuer auf Erben größerer Vermögen und Milliardäre zukommen. Bei den Grünen stünden so etwa 48 Milliarden Euro an Entlastungen zu Buche. Die Reform der Schuldenbremse und die Einrichtung eines Deutschlandfonds, soll die Aufnahme neuer Kredite ermöglichen.

Die **AfD** möchte die Einkommensteuer, Konsum- und Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau senken. Der Steuerfreibetrag soll erhöht, die CO₂-Abgabe gestrichen und Energiesteuern massiv reduziert werden. Der Solidaritätszuschlag soll ebenso wie die Grundsteuer und CO₂-Abgaben vollständig abgeschafft werden. Der Sparerpauschbetrag soll nach Plänen der AfD mehr als verdoppelt werden. Damit fällt die Entlastung für Bürger:innen und Unternehmen bei der AfD mit schätzungsweise 149 Mio. Euro am größten aus. Die Kommunen sollen durch einen Zuschlag auf die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer vollumfänglich entschädigt werden.

Die **Linke** plant die Einkommensteuer grundlegend und aufkommensneutral zu reformieren: Eine Erhöhung des Steuerfreibetrages sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags soll 90 Prozent der Bundesbürger:innen entlasten, während hohe Einkommen und Vermögen durch Einführung einer Vermögenssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer sowie eine Besteuerung von Kapitalerträgen stärker belastet werden sollen. Als einzige der betrachteten Parteien kommt die Linke damit nach Berechnungen des IW auf ein Plus von 198 Milliarden Euro.

Das **BSW**, für das keine offiziellen Berechnungen des IW vorliegen, möchte das Steuersystem in Deutschland reformieren, um so Arbeit stärker zu belohnen und große Vermögen stärker in Verantwortung zu nehmen. Hierfür sollen steuerliche Grundfreibeträge erhöht und ein Grundfreibetrag auf Sozialabgaben eingeführt werden. Im Gegenzug sollen Kapitalerträge nach Einkommenssteuersatz belastet, Finanztransaktionssteuern eingeführt und die Vermögenssteuer reaktiviert werden.

Wie stark die Parteien entlasten wollen

Steuerpläne laut den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl in Mrd. Euro: Senkungen (-) und Erhöhungen, Schätzung

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	AfD	BSW	Linke
Einkommensteuer	-41	-8	-11	-95	-63	-110	-20
Körperschaft- und Gewerbesteuer	-20	0		-17	-17		78
Investitionsprämie	0	-20	-20				
Solidaritätszuschlag	-13	0		-13	-13		
Umsatzsteuer	-4	-4		-4	-5	-16	-30
Stromsteuer/Netzentgelte	-10	-10	-10	-5	-5	-5	-5
Kapitalertragsteuer/Abgeltungsteuer	0	7		-1	-2	7	7
Erbschaftsteuer	-1	3	3	-1	-10	3	17
Vermögenssteuer	0	2	2			15	123
Klimageld			-12				-16
Luftverkehrsteuer				-2	-2		8
Grundsteuer					-16		
CO ₂ -Abgabe					-16	-16	
Summe	-89	-30	-48	-138	-149	-122	198

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

QUELLEN:

Alternative für Deutschland (AfD): Leitantrag der Bundesprogrammkommission. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag zum 16. Bundesparteitag der AfD in Riesa. https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf (letzter Abruf 27.01.2025)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zusammen wachsen: Unser Regierungsprogramm für die Bundestagswahl. https://cms.gruene.de/uploads/assets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf (letzter Abruf 27.01.2025)

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Unser Land verdient mehr! Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf> (letzter Abruf 27.01.2025)

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU): Unser Wahlprogramm „Politikwechsel für Deutschland“. https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf (letzter Abruf 27.01.2025)

Freie Demokratische Partei e.V. (FDP): Alles lässt sich ändern Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025. https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf (letzter Abruf 27.01.2025)
Institut der deutschen Wirtschaft: Wahlprogramme: Was die Entlastungen der Parteien bedeuten. <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/tobias-hentze-martin-beznoska-was-die-entlastungen-von-spd-und-union-bedeuten.html> (letzter Abruf 27.01.2025)

Partei Die Linke: Antrag L.1: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025. https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Au%C3%9Fferordentlicher_Parteitag_25/Wahlprogramm_Entwurf.pdf (letzter Abruf 27.01.2025)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD): Mehr für Dich. besser für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf (letzter Abruf 27.01.2025)